

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesministerin für Finanzen

eingebraucht im Zuge der Debatte über die ESM-Erklärung der Bundesministerin für Finanzen gemäß § 32h Abs. 4 GOG-NR betreffend die Gewährung von Finanzhilfe an die Republik Zypern

BEGRÜNDUNG

Zypern bekommt eine Finanzhilfe im Ausmaß von 10 Mrd. Euro durch den Europäischen Rettungsschirm ESM und den IWF. Die wirtschaftspolitischen Auflagen im diesbezüglichen „Memorandum of Understanding“ zeigen vor allem auch, wie wichtig strenge Maßnahmen zur Bekämpfung von internationaler Geldwäsche und Steuerhinterziehung sind.

Blockade gegen die Bekämpfung von Steuerbetrug

Die österreichische Bundesregierung, insbesondere aber die Finanzministerin, blockiert seit Jahren eine schlagkräftige Zusammenarbeit der EU-Länder in Sachen Steuerbetrugsbekämpfung. Die Bundesregierung, allen voran die Finanzministerin, betreibt dabei eine Blockadepolitik auf drei Ebenen:

- 1. Die Finanzministerin blockiert den automatischen Datenaustausch**
Österreich spricht sich nunmehr als einziges Land der Europäischen Union gegen den automatischen Datenaustausch gemäß der Zinsenrichtlinie aus. Artikel 9 der Zinsenrichtlinie schreibt vor, dass alle Länder mindestens einmal pro Jahr die Zinserträge von Konten ausländischer Steuerpflichtiger an die ausländischen Steuerbehörden übermitteln. Österreich hat jedoch die Ausnahmeregelung gezogen und beteiligt sich nicht an diesem Datenaustausch. Finanzministerin Fekter hält an dieser Ausnahme uneinsichtig fest, obwohl nunmehr sogar der letzte Verbündete in dieser Ausnahmeregelung, Luxemburg, angekündigt hat, den automatischen Datenaustausch ebenfalls anwenden zu wollen.
- 2. Die Finanzministerin blockiert die Reform der Zinsenrichtlinie**
Die Finanzministerin verhindert die längst notwendige Ausweitung der Zinsenrichtlinie auf weitere Kapitaleinkommen, wie Zinserträge von juristischen Personen und von Wertpapieren, Versicherungsverträgen etc.
- 3. Die Finanzministerin blockiert Betrugsbekämpfungsabkommen mit Drittstaaten**
Die Europäische Union wird dadurch gehindert, Steueroasen mit entsprechendem Verhandlungsdruck und neuen strengen Abkommen in die Pflicht zu nehmen.

Dies ist umso perfider, als sich Österreich im Rahmen der Zinsenbesteuerungsrichtlinie auch verpflichtet hat, in den automatischen Datenaustausch einzutreten, wenn fünf europäische Drittstaaten und die USA den Informationsaustausch auf Anfrage einführen. Der Europäischen Kommission sind durch diese Blockadehaltung Österreichs die Hände gebunden, wodurch in weiterer Folge auch der automatische Datenaustausch nicht in Kraft treten kann. Zusätzlich wurde die Verhandlungsposition der Europäischen Union gegenüber Drittstaaten von Österreich durch den Abschluss bilateraler Separatverträge, die weiter die Anonymität von Steuerhinterziehern schützen, untergraben.

Eine Billion Euro Schaden für die EU-Staaten durch Steueroasen

Die Organisation „Tax Justice Network“ geht in ihrer Publikation „The Price of Offshore“ für das Jahr 2012 davon aus, dass ca. 25.000 Milliarden Dollar weltweit in Steueroasen gebunkert sind. Eine Billion Euro geht den Mitgliedsstaaten der EU jedes Jahr durch Steuerhinterziehung und -umgehung verloren. „Das ist ein skandalöser Verlust an dringend benötigten öffentlichen Einnahmen, den wir uns gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten nicht leisten können“, sagt Steuerkommissar Algirdas Šemeta. Letztlich ist die groß angelegte internationale Steuerhinterziehung auch ein Betrug an der Demokratie.

Zu allem Überdross wird dadurch Geldwäsche in Zusammenhang mit Drogen-, Waffen- und Menschenhandel massiv begünstigt.

Internationale Isolation

International gerät Österreich damit in eine ebenso unhaltbare wie gefährliche Position, da spätestens angesichts der „Offshore-leaks Affäre“, der Pleite der Steueroase Zypern und des Drucks der USA alle wesentlichen Beteiligten sich auf einen schärferen Kampf gegen Geldwäsche einschwören. Beispielhaft sei der Brief der fünf Finanzminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Spaniens und Großbritanniens an Steuerkommissar Šemeta vom 9. April 2013 genannt, in dem alle Mitgliedsstaaten, vor allem aber Österreich, aufgefordert werden, ihre Blockadepolitik gegen zielführende Betrugsbekämpfungsabkommen aufzugeben.

Neben inländischen Medien kritisieren vor allem auch viele internationale Medien die starre Position der österreichischen Regierung und der Finanzministerin gegen die Steuerbetrugsbekämpfung:

Die Stuttgarter Zeitung schreibt am 15.4.2013: *„Maria Fekter isoliert Österreich im Kampf gegen Steuerflucht.“*

„Natürlich geht es ihr um den Bankplatz Österreich“ schreibt die Frankfurter Rundschau am 15.4.2013 unter dem Titel *„Zasterfahndung“*.

Und so titelt das Handelsblatt vom 15.4.2013: *„Österreich stellt sich weiterhin quer“*

Die Süddeutsche Zeitung schreibt unter dem Titel *„Vor den Wahlen, nach den Wahlen“* am 15.4.2013: *„Österreichs Finanzministerin Maria Fekter wiederum muss*

für das Bankgeheimnis kämpfen, weil andernfalls ihre Landsleute um ihre Pfründe fürchten - und ihre Stimme anderweitig vergeben.“

Die Zeit am 11.4.2013 analysiert unter dem Titel „Europas letzte Steuerbastion“ Finanzministerin Fekters Argumentation als „Die letzte Propaganda: Omas Sparbuch“

Die österreichische Regierung trägt in Person der Finanzministerin durch diese international unsolidarische Position wesentlich dazu bei, die Steuerbasis anderer EU-Staaten zu erodieren und das Schließen von Steueroasen zu torpedieren.

Der Koalitionspartner SPÖ, lange Zeit tatkräftiger Mitspieler in diesem Schurkenstück, hat angesichts des zunehmenden internationalen Drucks zumindest erkannt, dass die Blockade zum Datenaustausch nicht mehr lange zu halten ist.

Zudem führt das undiplomatische und rücksichtslose Auftreten der Finanzministerin am europäischen Parkett zu einer nachhaltigen Schädigung des österreichischen Images und vor allem der österreichischen Verhandlungsposition.

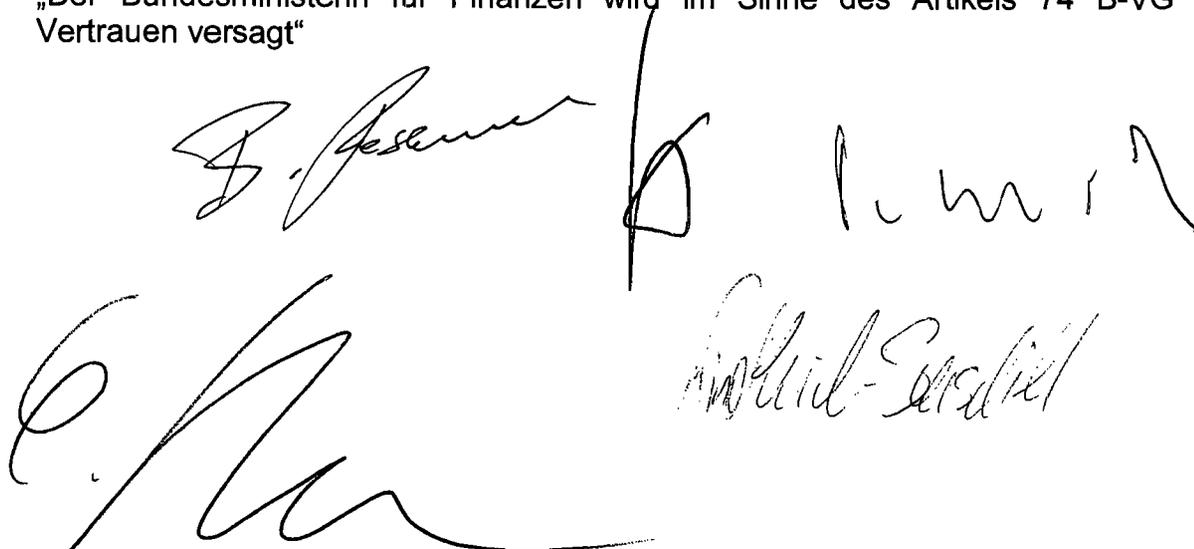
Das von der Finanzministerin zum Schutz der ausländischen Steuerbetrüger hochgehaltene „Oma-Sparbuch“ geht natürlich voll an der Sache vorbei, ist lediglich primitiver Populismus und macht Österreich international zum Gespött.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesministerin für Finanzen wird im Sinne des Artikels 74 B-VG das Vertrauen versagt“



The image shows four handwritten signatures in black ink. The signatures are written in a cursive style. The first signature is at the top left, the second is at the top right, the third is at the bottom left, and the fourth is at the bottom right. The signatures are arranged in two rows of two.